Konsequenter Klima- und Naturschutz sichert unsere Lebensgrundlagen



Digitale LDK am 12.-13.12.2020

Antragsteller*in: Annette Kosakowski

Tagesordnungspunkt: TOP5.2 Grün wählen und Baden-Württemberg erhalten

Kapitel 1: Umwelt, Energie und Klima

Konsequenter Klima- und Naturschutz sichert unsere Lebensgrundlagen

- Unsere Natur mit ihrem Artenreichtum ist ein einzigartiger Schatz. Wir lieben
- unsere Natur und unsere Kulturlandschaften. Wir wollen diesen Schatz für
- 5 kommende Generationen bewahren. Wir wollen erhalten, was uns erhält. Die
- 6 biologische Vielfalt ist unsere natürliche Lebensversicherung und sie ist
- bedroht durch das Artensterben. Ebenso wie unser gesamter Planet durch die
- 8 Klimakrise bedroht ist.
- 9 Zentrale Grundlage unserer Politik ist das Klimaabkommen von Paris und der
- Bericht des Weltklimarates zum 1,5-Grad-Limit. Dieser verdeutlicht: Jedes
- 11 Zehntelgrad zählt, um das Überschreiten von relevanten Kipp-Punkten im
- 12 Klimasystem zu verhindern. Es ist daher notwendig, auf den 1,5-Grad-Pfad zu
- kommen. Dafür ist unmittelbares und substanzielles Handeln in den nächsten
- 14 Jahren entscheidend. Maßstab erfolgreicher Klimapolitik ist für uns der globale
- 15 Budget-Ansatz.
- Nach dem Konzept des CO₂-Budgets, zum Beispiel des Sachverständigenrats für
- 17 Umweltfragen (SRU), hat Baden-Württemberg noch 610 Millionen Tonnen CO₂ zur
- Verfügung, gerechnet ab 1. Januar 2018. Bei gleichbleibendem Ausstoß wäre dieses
- 19 Budget schon 2024 aufgebraucht. Mit jedem neuen Bericht des Zwischenstaatlichen
- 20 Ausschusses für Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change,
- 21 IPCC) muss das verbleibende Carbon-Budget angepasst werden.
- 22 Als eines der ersten Bundesländer haben wir als grün-geführte Regierung 2013 ein
- 23 Klimaschutzgesetz verankert. Es legt konkret fest, wie viel CO₂ wir einsparen
- ²⁴ müssen. Unser Ziel: bis Ende 2020 den CO₂-Ausstoß im Land um 25 Prozent zu
- senken das haben wir fast erreicht. Klar ist: Die Klimakrise kennt keine
- 26 Grenzen. Deshalb haben wir gemeinsam mit dem US-Bundesstaat Kalifornien die
- 27 "Under2 Coalition" auf den Weg gebracht das mittlerweile weltweit größte
- 28 Bündnis von Regionen im Kampf gegen die Erderhitzung.
- 29 Wir treiben die Steigerung der Effizienz und auch den Ausbau der sauberen und
- 30 klimafreundlichen Erneuerbaren Energien voran: Bevor wir Grüne an der Regierung
- 31 waren, machte die Stromerzeugung aus Sonne, Wind und Wasser im Land gerade mal
- 32 16 Prozent aus. Nach acht Jahren grün-geführter Landesregierung hat sich dieser
- Anteil im Jahr 2019 auf knapp 30 Prozent fast verdoppelt.
- Naturschutz und der Erhalt der biologischen Vielfalt sind unsere
- 35 Lebensversicherung und die unserer Kinder und Enkelkinder. Wir geben dem
- 36 Naturschutz den Wert, der ihm gebührt. Wir haben in der Regierung dafür gesorgt,
- dass die Mittel dafür von 30 Millionen Euro im Jahr 2011 bis heute mehr als

verdreifacht wurden: Mittlerweile investieren wir über 100 Millionen Euro pro
Jahr in den Schutz unserer Flüsse, Seen und Wälder. Wir haben ein Sonderprogramm
zum Schutz der biologischen Vielfalt aufgelegt, das bundesweit einmalig ist. Das
Volksbegehren "Rettet die Bienen" haben wir als grün-geführte Landesregierung
gemeinsam mit Naturschutz und Landwirtschaft weiterentwickelt und gesetzlich
verankert. Darin haben wir konkrete Ziele und Maßnahmen festgeschrieben, um die
Biodiversität weiter zu stärken. Zu dem bestehenden Biosphärengebiet auf der
Schwäbischen Alb haben wir 2016 ein zweites im Südschwarzwald geschaffen. Und
wir haben 2014 den Nationalpark Schwarzwald gegründet – den ersten in BadenWürttemberg. Hier darf sich die Natur in den Kernzonen ungestört entwickeln –

ohne menschliche Eingriffe.

Natur- und Klimaschutz heißt auch, verantwortungsvoll mit den natürlichen
Ressourcen umzugehen. Deshalb fördern wir als grün-geführte Landesregierung den
effizienten und nachhaltigen Einsatz von Rohstoffen und Materialien. Wir haben
die Fachagentur Umwelttechnik Baden-Württemberg gestärkt und gemeinsam mit der
Industrie die Initiative "100 Betriebe für Ressourceneffizienz" gestartet. Mit
dem Think Tank "Industrielle Ressourcenstrategien" haben wir eine bundesweit
einmalige Denkfabrik aufgebaut, die Ideen für ressourcenschonende
Produktionstechniken voranbringt. Auch die Rolle unseres Standorts bei der
nachhaltigeren Gestaltung globaler Lieferketten nehmen wir dabei stärker in den
Blick.

Mit weitsichtiger ökologischer Politik gegen Klimakrise und Artensterben

- Wir haben in den vergangenen zehn Jahren viel für Umwelt, Klima und Natur getan, aber die Herausforderungen bleiben groß. Die Klimakrise verschärft sich auch bei uns in Baden-Württemberg: Es gibt immer mehr heiße und trockene Tage, Wassermangel, Dürresommer. Extreme Wetterereignisse wie Starkregen oder Hagel nehmen zu. Unser Wald leidet. Unsere Landwirtschaft leidet. Viele Tiere und Pflanzen leiden. Und viele Menschen leiden. Die Klimakrise bedroht unsere Lebensqualität und unsere Lebensgrundlagen existenziell. Wenn wir nicht handeln, setzen wir die Zukunft unserer Kinder aufs Spiel. Uns Menschen bleibt nicht mehr viel Zeit, die Klimakrise auf ein beherrschbares Maß einzudämmen. Die Wissenschaft lässt keinen Zweifel daran, was zu tun ist. Alle Fakten liegen auf dem Tisch. Wir haben kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem. Die Klimakrise zu leugnen, ändert nichts an den bedrohlichen Fakten.
- Die Natur schreibt auf der ganzen Welt weiter rote Zahlen. Auch im Land sind 40
 Prozent der Arten gefährdet. Das Insektensterben hält an. Von den geschätzten
 acht Millionen Tier- und Pflanzenarten weltweit könnten in den nächsten
 Jahrzehnten eine Million verschwinden. Was ausstirbt, ist unwiederbringlich
 verloren. Und reißt ein Loch in das Sicherheitsnetz, das uns alle umspannt.
- Werden wir diese Krisen bewältigen oder unsere eigene Zukunft aufs Spiel setzen?
 Das kommende Jahrzehnt wird entscheidend sein. Mit konsequent ökologischer
 Politik und starken Grünen im Land können wir Teil der Lösung sein und die
 Herausforderungen meistern.

Wir denken Klimaschutz und wirtschaftlichen Erfolg zusammen

- Als führendem Industrieland kommt Baden-Württemberg bei der Bewältigung dieser Krisen eine Schlüsselrolle zu. Wir müssen mutig vorangehen und vorleben: Erfolg in der Wirtschaft und der Schutz des Klimas gehen zusammen. Wir können gut leben, ohne dabei unsere Erde zu zerstören. Hier in Baden-Württemberg wollen wir unter Beweis stellen, dass klimaverträglicher Wohlstand gelingt. Wir wollen eine Inspiration für viele sein, die für Klimaschutz kämpfen. Ein solches wirtschaftliches Umschalten ist auch ökonomisch sinnvoll. Nur wer klimafreundliche Autos und schlaue Mobilitätsdienstleistungen, ressourceneffiziente Maschinen und energiesparende Produkte anbietet, kann auf den Märkten von morgen bestehen. Deshalb soll Baden-Württemberg schnellstmöglich klimaneutral werden und die Treibhausgas-Emissionen in den unmittelbar vor uns liegenden Jahren besonders stark senken. Wir wollen unseren Beitrag dafür leisten, die globale Erhitzung unterhalb des kritischen Werts von 1,5 Grad zu halten. Wir wissen, dass wir ein ambitioniertes Ziel wie die Klimaneutralität vor 2040 nicht ohne grundlegende Änderungen auf Europa- und Bundesebene erreichen können.
- 98 Wir wollen Wohlstand vom Ressourcenverbrauch entkoppeln. Unser Ziel ist eine 99 echte Kreislaufwirtschaft: Rohstoffe wiederverwenden, statt die Erde auszubeuten 100 – in immer größerem Umfang und mit immer größerem Aufwand. Unser Leitbild ist 101 die Ultraeffizienzfabrik: hoch innovativ, emissionsarm und ressourcenschonend.
- Wir wollen erhalten, was uns erhält. Unsere Enkelkinder sollen die gleiche
 Schönheit der Natur und die gleiche Vielfalt von Bienen, Schmetterlingen, Blumen
 oder Pilzen erleben können wie wir heute. Unsere einmaligen Natur- und
 Kulturlandschaften sind auch unser Zuhause, unsere Rückzugs- und Erholungsorte.
- Schon bei der Weiterentwicklung des Volksbegehrens "Rettet die Bienen" hat sich gezeigt: Naturschutz und Landwirtschaft können erfolgreich an einem Strang ziehen. Das wollen wir weiterführen und einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Naturschutz und Landwirtschaft verankern. Dabei wollen wir auch die Lebensmittelindustrie und die Verbraucher*innen einbeziehen. Alle müssen ihren Beitrag dazu leisten, damit die Leistungen der bäuerlichen Betriebe angemessen bezahlt werden. Denn um unsere Kulturlandschaften zu erhalten, brauchen wir die Landwirtschaft. Und diese wiederum ist auf eine intakte Natur angewiesen. Wir wollen das gegenseitige Verständnis fördern und die Gemeinsamkeiten vertiefen.

115 Wir machen Tempo: Unser Klimaschutz-Sofortprogramm

Die Europäische Union legt beim Klimaschutz vor. Wir machen mit und gehen voran.
Wir wollen ein Sofortprogramm für Klimaschutz und Energiewende auf den Weg
bringen. Wir unterstützen die Klimapolitik Europas und werden direkt nach der
Regierungsbildung die Klimaziele Baden-Württembergs im Klimaschutzgesetz und im
Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept (IEKK) an die neusten
wissenschaftlichen Erkenntnisse, die Pariser Klimaziele, insbesondere den 1,5Grad-Pfad, und die Klimaziele der Europäischen Union anpassen. Wir zeigen, wie
konsequenter Klimaschutz in einem Industrieland geht.

124 Mehr klimafreundliche Erneuerbare Energien:

- 125 Wir werden die Pflicht für Photovoltaik-Anlagen auf neue Wohngebäude ausdehnen.
- 126 Bislang gilt sie für Nicht-Wohngebäude.
- 127 Wir werden wir diese Pflicht auf Bestandsgebäude ausweiten, wenn eine
- 128 grundlegende Dachsanierung ansteht.
- 129 Wir werden die Windkraft auf allen geeigneten Flächen im Staatswald ausbauen,
- 130 ebenso in der Fläche. So könnten über 1000 neue Anlagen entstehen. Wir werden
- 131 alle Freiflächen, landwirtschaftlich genutzten Flächen und geeignete Baggerseen
- 132 prüfen, ob wir dort die Solarenergie ausbauen können. Allein Freiflächen-
- 133 Photovoltaik hat ein Ausbaupotenzial von etwa 385.000 Hektar, das wir
- 134 erschließen wollen.
- 135 Wir werden die Ausbau- und Flächenziele für Erneuerbare Energien regionalisieren
- 136 und festschreiben und somit substanziell mehr Flächen für die Nutzung durch
- 137 Sonnenenergie und Windkraft bereitstellen.
- 138 Wir wollen Flächen an Landes- und Bundesstraßen sowie Autobahnen für
- 139 Photovoltaik-Freiflächenanlagen nutzen, auch an Lärmschutzwänden. Dafür werden
- 140 wir uns im Bund für eine Änderung der bislang restriktiven Abstandsregeln
- 141 einsetzen.
- 142 Wir werden es gezielt fördern, die Abwärme von Rechenzentren zu nutzen, um auch
- 143 die Digitalisierung klimafreundlich zu gestalten.

144 Runter mit den CO₂-Emissionen:

- 145 Wir wollen einen Kohleausstieg bis 2030 und werden uns dafür beim Bund 146 einsetzen.
- 147 Wir führen einen CO₂-Schattenpreis von 180 Euro für die öffentlichen Haushalte
- 148 ein und prüfen, wie dieser für klimarelevante Entscheidungen von landeseigenen
- 149 Unternehmen angewendet werden kann.
- 150 Alle Förderprogramme des Landes werden einem Klimacheck unterzogen, um
- 151 klimaschädliche Förderungen zu vermeiden.
- 152 Wir wollen die kommunalen Wärmepläne und dazu gehört auch die Kühlung im
- 153 Sommer schnell umsetzen und so die Kohlenstoff-Emissionen der Wärmenetze
- 154 reduzieren.
- 155 Wir richten ein unabhängiges wissenschaftliches Gremium ein: die Klimaweisen
- 156 ähnlich den Wirtschaftsweisen. Dieses Gremium erstellt jährlich einen
- 157 Klimabericht, in dem es Maßnahmen für die Politik vorschlagen kann. Es kann auch
- 158 wissenschaftliche Studien in Auftrag geben und überprüft die Maßnahmen der
- 159 Landesregierung auf ihre Klimaverträglichkeit und im Hinblick auf das 1,5-Grad-
- 160 Ziel und das CO₂-Budget. Bisher hat noch kein Bundesland ein verbindliches CO₂-
- 161 Budget eingesetzt. Wir wollen als erstes Bundesland den CO₂-Budget-Ansatz
- 162 anwenden. Dazu wollen wir Vorschläge erarbeiten, wie der Budget-Ansatz umgesetzt
- 163 werden kann.
- 164 Wenn neue Wohngebiete in Baden-Württemberg gebaut werden, dann sollen sie
- 165 klimaneutral sein. Dazu werden wir ein Förderprogramm klimaneutrale Wohngebiete

- 166 für Kommunen auflegen.
- 167
- 168 Wir stärken eine klimafreundliche Kreislaufwirtschaft, indem wir beispielsweise
- 169 Recycling-Baustoffe wie Recycling-Beton fördern und für diese eine Quote für
- 170 Neubauten des Landes einführen. Klimafreundliche Bauten sollen so lange stehen
- 171 wie möglich. Für größere Bauvorhaben setzen wir uns dafür ein, dass
- 172 Rückbaukonzepte mit dem Bauantrag vorgelegt werden.
- 173 Wir werden eine Klimaschutzverwaltung auf allen drei Verwaltungsebenen aufbauen:
- 174 auf Landesebene, in den Regierungspräsidien und in den Landkreisen. Damit
- 175 implementieren wir die Belange des Klimaschutzes im Verwaltungshandeln. Wir
- 176 wollen die Kommunen als wichtige Akteure stärken und prüfen, wo und in welchem
- 177 Umfang Klimaschutz zur kommunale Pflichtaufgabe gemacht werden kann. Diese
- 178 Prüfung umfasst, welche Mittel den Kommunen zur Erfüllung dieser Aufgabe zur
- 179 Verfügung stehen müssten, sodass kommunale Klimaschutzmaßnahmen in allen unseren
- 180 Gemeinden umgesetzt werden können.
- 181 Wir werden den Fuhrpark des Landes auf emissionsfreie Antriebe umstellen.
- 182 Wir setzen die Klimawende in der Finanzpolitik um. Bis zum Jahr 2022 werden wir
- 183 die Finanzanlagestrategie des Landes auf das 1,5-Grad-Ziel und auf die
- 184 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen ausrichten und dies gesetzlich
- 185 verankern. Für landeseigene Unternehmen und Unternehmen, bei denen das Land
- 186 größter Anteilseigner ist, treiben wir dies ebenfalls voran. Dabei orientieren
- 187 wir uns an der EU-Taxonomie für ökologisch nachhaltige Wirtschaftsaktivitäten.
- 188 Das bedeutet: Wir ziehen Gelder des Landes aus Anlagen ab, die diesen Kriterien
- 189 nicht entsprechen.

190 Klimafreundliche Verkehrswende:

- 191 Wir geben eine Garantie für den öffentlichen Nahverkehr: Mit uns werden alle
- 192 Orte in Baden-Württemberg von fünf Uhr früh bis Mitternacht mit dem öffentlichen
- 193 Nahverkehr erreichbar sein. Wir setzen dabei auf mehr Fahrten und den Ausbau von
- 194 ÖPNV on demand, also auf Abruf.
- 195 Wir sorgen dafür, dass Kommunen einen Mobilitätspass als (Nahverkehrs-)Abgabe
- 196 einführen, den ÖPNV ausbauen und zu günstigen Preisen anbieten können.
- 197 Auf das Fahrrad kommt es an. Deshalb schließen wir die bestehenden Lücken
- 198 zwischen den Radwegen, Radschnellwegen und den Fahrradstraßen im Land und
- 199 schaffen ein attraktives Netz für alternative Mobilität. Wir unterstützen
- 200 Kommunen in ihrem Anliegen, autofreie Innenstädte zu schaffen, und fördern dies.
- 201 Die Mobilitätswende elektrisiert: Der Umstieg auf klimafreundlichen
- 202 Automobilverkehr gelingt mit der richtigen Infrastruktur. Dazu werden wir in
- 203 Baden-Württemberg unsere Anstrengungen verdoppeln. Jede*r soll im Umkreis von
- 204 fünf Kilometern mindestens eine Schnellladesäule finden. Auch
- 205 Wasserstofftankstellen für den Lkw-Verkehr werden wir verdoppeln.

206 Für ein klimaneutrales Baden-Württemberg

```
207 Baden-Württemberg soll schnellstmöglich klimaneutral sein. Das heißt: Unsere
208 Treibhausgas-Emissionen werden auf netto null reduziert. Dafür wollen wir unser
209 Klimaschutzgesetz weiter anpassen und einen CO<sub>2</sub>-Schattenpreis von 180 Euro pro
   Tonne Kohlendioxid für die Landesverwaltung und die öffentliche Beschaffung
   einführen. Dieser Schattenpreis spiegelt auch die Umweltkosten wider. Damit
   müssen Ministerien und Landesbehörden künftig bei allem, was sie tun, die
213 zusätzlichen Kosten für Klimagase berücksichtigen. Die landeseigenen Betriebe
214 und Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, sollen mit gutem Beispiel
   vorangehen und bis zum Jahr 2035 bilanziell klimaneutral arbeiten.
   Wir wollen einen Klimavorbehalt für alle Förderprogramme des Landes einführen
   und künftig alle Vorhaben und Gesetze auf Landesebene auf ihre
218 Klimaverträglichkeit prüfen. Die öffentliche Hand muss beim Klimaschutz Vorbild
   sein. Dazu soll die Landesverwaltung bis 2030 bilanziell klimaneutral arbeiten.
220 Dabei gilt: Je schneller wir die Treibhausgas-Emissionen senken können, desto
221 besser. Wir wollen so viel klimaschädliche Treibhausgase wie möglich einsparen.
^{222} Was wir darüber hinaus in Baden-Württemberg an \mathrm{CO}_2 binden können, zum Beispiel
   durch Moore, Humusaufbau in der Landwirtschaft (auch mithilfe von Pflanzenkohle)
224 oder die Entsiegelung von Flächen, wollen wir so gut es geht vor Ort umsetzen.
   Dafür wollen wir wieder Mittel im Haushalt bereitstellen.
   Für öffentliche Gebäude wollen wir den von der EU geforderten
   Niedrigstenergiestandard für Neubauten auf dem Niveau des Effizienzhauses 40
228 festlegen. Dies entspricht in etwa dem Passivhausstandard. Bei umfassender
   Sanierung im Bestand soll das Effizienzhaus 55 der Zielstandard sein. Die
   Effizienzstandards sollen auch bei allen Förderprogrammen von Wohn- und
231 Nichtwohngebäuden gelten. Wir setzen uns für die Steigerung der energetischen
232 Gebäude-Sanierungsrate im Rahmen unseres Klimaziels ein. Bei der Umsetzung von
233 innovativen Ansätzen muss die Landesverwaltung eine Vorreiterrolle einnehmen.
234 Die Erfahrungen in der Umsetzung bei Landesprojekten verringern die Hürden für
235 eine Verbreitung dieser Ansätze in der freien Wirtschaft, was die marktweite
   Transformation zur Klimaneutralität beschleunigt.
   Auch auf die Städte und Gemeinden kommt es an: ob beim Umstieg auf saubere und
   sichere Energie, dem ressourcenschonenden Bauen, bei der energetischen
   Gebäudesanierung, der nachhaltigen Stadtentwicklung oder der klimafreundlichen
   Mobilität. Dabei wollen wir die Kommunen noch stärker unterstützen, etwa, indem
241 wir die bestehenden vielfältigen Förderprogramme und den Klimaschutzpakt
242 aufstocken. Wir werden die rechtliche Umsetzbarkeit von neuartigen kommunalen
   Klimaschutzinstrumenten wie zum Beispiel einem Klimabeitrag prüfen.
   Auch in Verwaltungsverfahren muss der Klimaschutz gestärkt werden. Alle
245 Planungen und Baumaßnahmen, die zur Entscheidung anstehen, sind auf ihre
246 Klimaverträglichkeit hin zu prüfen. Erst dann soll die politische Entscheidung
   zur Umsetzung erfolgen. Außerdem braucht es wirksame Sanktionen, wenn Klimaziele
248 nicht eingehalten werden.
249 Digitalisierung klimafreundlich gestalten: Wir brauchen zügig CO<sub>2</sub>-neutrale
250 Rechenzentren, die Abwärme nutzen und mit Strom aus Sonne, Wind und Wasser
```

betrieben werden. Auch die großen Digitalisierungsprogramme des Landes müssen in allen Bereichen klimaneutral werden – von der elektronischen Akte über Tablets in der Schule bis zur Landesstrategie Künstliche Intelligenz. Gleiches gilt für die Vorhaben der Städte und Gemeinden, die das Land bei der Digitalisierung unterstützt.

Das Zeitalter der fossilen Energieträger geht zu Ende. Wir setzen auf die

6 Raus aus den fossilen Energieträgern

Vielfalt der grünen Energien, auf Energieeinsparung und effizienteren Verbrauch. Wir setzen auf intelligente Lösungen, um Energie aus natürlichen Quellen zu speichern. Wasserstoff kann dabei eine wichtige Rolle spielen. Für uns Grüne ist jedoch klar: Wasserstoff ist nur dann nachhaltig, wenn er aus erneuerbaren Quellen kommt. Nur grüner Wasserstoff ist förderfähig und sinnvoll. Dieser grüne Wasserstoff kann in den Sektoren Energie, Industrie und Schwerlastverkehr direkt eingesetzt werden und für eine erfolgreiche Abkehr vom Kohlenstoff sorgen. Deshalb werden wir die Wasserstoffstrategie des Landes vorantreiben. Allerdings verbraucht die Herstellung von grünem Wasserstoff viel Energie. Dafür brauchen wir zusätzliche Kapazitäten an grünem Strom. Denn diese zusätzliche Nachfrage darf nicht unserem Ziel zuwiderlaufen, den Strombedarf der Sektoren Energie, Verkehr und Wärme klimaneutral auf Basis Erneuerbarer Energien zu decken. Wettbewerbsfähig und erfolgreich zu produzieren geht ohne CO₂-Ausstoß. Das wollen wir in Baden-Württemberg beweisen. Dafür müssen wir die Transformation so gestalten, dass besonders energieintensive Branchen verlässliche Zielvorgaben erhalten, damit sie die notwendigen Investitionen tätigen können. Unser Ziel ist, dass sich neue Industrieanlagen ohne fossile Brennstoffe betreiben lassen

ist, dass sich neue Industrieanlagen ohne fossile Brennstoffe betreiben lassen und bestehende nach und nach auf nicht-fossile Technologien umgestellt werden. Dazu benötigen wir auf Bundes- und EU-Ebene eine CO₂-Bepreisung, die zu substanziellen Emissionsminderungen führt, und einen wirksamen CO₂-Grenzausgleichsmechanismus. Den Ausstieg aus den fossilen Energieträgern wollen wir durch die Erneuerbaren Energien und eine Steigerung der Energieeffizienz kompensieren. Industrielle Abwärme wollen wir innerhalb sowie außerhalb der Betriebe nutzen. So kann sie z.B. in die Nah- und Fernwärmenetze eingespeist werden.

Wir streben eine ökologisch sinnvolle Kreislaufwirtschaft an, die Ressourcen effizient einsetzt und schützt. Besonders in der Bauwirtschaft setzen wir auf eine Ressourcen- und Bauwende. Wir wollen mehr Holz als Baumaterial, den Einsatz von Recyclingmaterial in Produkten stärken und den Einsatz von Recycling-Beton voranbringen. Das erreichen wir z.B., indem wir die Verwendung von Holz und Recycling-Beton als Baumaterial bei öffentlichen Bauten verbindlich festschreiben. Zudem werden wir uns für eine Lebenszyklusbetrachtung von Gebäuden und die Entwicklung eines Ressourcengebäudeausweises einsetzen. Wir wollen die Infrastrukturen regionaler Wirtschaftskreisläufe stärken. Unnötige Transporte sparen wir, indem wir dezentral gewonnenen, heimischen Rohstoffen Vorrang einräumen und gebrauchte mineralische Rohstoffe rückgewinnen.
Wiederverwertung und Effizienzsteigerungen sollen den Bedarf an Rohstoffen im Land deutlich reduzieren. Wo deren Einfuhr nicht zu vermeiden ist, wollen wir

unter anderem durch zertifizierte Lieferketten soziale, ökologische und menschenrechtliche Standards sicherstellen.

Effizienz bei Ressourcen und Material – das werden wir zum Markenzeichen unseres Industriestandortes machen. Das Zentrum für Ultraeffizienzfabriken verstehen wir als Plattform für Forschungs- und Demonstrationszwecke. Hier entstehen Ideen, wie die energie- und ressourceneffiziente Produktion der Zukunft aussehen kann. Mit den Landesagenturen, dem breiten Beratungsnetzwerk für den Mittelstand und den Forschungseinrichtungen wollen wir den wirksamen und wirtschaftlichen Einsatz von Energie und Material in den Unternehmen konsequent unterstützen.

Energieeffizienz ist ein zentrales Element einer nachhaltigen Wirtschaft. Dazu haben wir Angebote für Beratungs- und Investitionsförderung gemacht. Die dafür bereits aufgebauten Kompetenzzentren für Energieeffizienz (KEFF) machen wir zu Kompetenzzentren für Material- und Ressourceneffizienz. Mit der Wirtschaft wollen wir ein Bündnis für eine klimaneutrale Produktion schließen.

310 Vielfalt der grünen Energien nutzen

Die Erneuerbaren Energien sind ein Schlüssel zum Schutz unseres Klimas. Statt von klimaschädlichen fossilen Energien abhängig zu sein, produzieren wir klimafreundliche Wärme und Strom im eigenen Land. Das zukunftsfähige Fundament für die Versorgung mit Erneuerbaren Energien besteht aus der Kombination von Sonnen- und Windkraft. Beide Energiequellen ergänzen sich gut und sind auch bei steigendem Bedarf noch ausbaubar. In dieser Kombination werden wir eine sichere Versorgung mit Erneuerbaren Energien und eine Weiterentwicklung unserer Industrie ermöglichen, ebenso durch einen konsequenten Netzausbau. Wir werden konkrete regionale Ziele festschreiben, um Sonnen- und Windenergie naturverträglich auszubauen. Die jetzigen ambitionierten Ausbauziele werden wir noch erhöhen müssen, um unseren Beitrag zum Erreichen des Klimaziels zu leisten.

323

Deutschlandweit müssen wir bis zur Klimaneutralität eine installierte Leistung von 562 Gigawatt Erneuerbare Energie erreichen. Dafür wollen wir in Baden-Württemberg unseren Beitrag leisten. Hier gibt es noch viel Flächenpotenzial für den Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dieses wollen wir heben, indem wir verstärkt landeseigene Flächen im Wald für die Windkraft nutzen. So wollen wir bis zum Jahr 2030 über 1000 neue Anlagen ermöglichen. Wir werden alle Freiflächen, landwirtschaftlichen Flächen und geeignete Baggerseen prüfen, ob wir dort die Solarenergie ausbauen können. Allein Freiflächen-Photovoltaik hat ein Ausbaupotenzial von etwa 385.000 Hektar, das wir erschließen wollen.

333

Wir wollen Flächen an Landes- und Bundesstraßen sowie Autobahnen für
Photovoltaik- Freiflächenanlagen nutzen, auch an Lärmschutzwänden. Dafür werden
wir uns im Bund für eine Änderung der bislang restriktiven Abstandsregeln
einsetzen.

338

339 Wir Grüne haben in der Landesregierung den Einstieg in die Photovoltaik-Pflicht 340 durchgesetzt. Denn die Photovoltaik rechnet sich – für den Geldbeutel und fürs 341 Klima! Bislang gilt die Pflicht für neu gebaute Gebäude, in denen keine 342 Wohnnutzung vorgesehen ist, also etwa für Fabrik- und Logistikhallen, 343 Verwaltungsgebäude oder Supermärkte sowie große Parkplatzanlagen. Im nächsten 344 Schritt wollen wir diese Pflicht auf neue Wohnhäuser sowie Bestandsgebäude 345 ausweiten, wenn eine grundlegende Dachsanierung ansteht. Auch alle weiteren 346 Möglichkeiten wollen wir ausschöpfen, um die Kraft der Sonne in unsere 347 Stromnetze zu bringen: Wir wollen auch Photovoltaik-Anlagen auf 348 landwirtschaftlichen Flächen, sogenannte Agro-Photovoltaik, ausbauen. Es gibt 349 viele geeignete landwirtschaftlichen Flächen, die ein hohes Potenzial für den 350 Ausbau der Agro-Photovoltaik bieten. Unser Ziel ist es, dass diese genutzt 351 werden. Schon 2,5 Prozent der landwirtschaftlichen Flächen würden einen großen 352 Beitrag zum Ausbau der Erneuerbaren Energien in Baden-Württemberg leisten. 353 Ausbauen wollen wir genauso Freiflächenanlagen entlang von Straßen und 354 schwimmende Solarparks. Dafür wollen wir auch auf Bundesebene die 355 Rahmenbedingungen verbessern. Deshalb werden wir im ersten Jahr nach der Wahl 356 eine Gesetzesinitiative im Bundesrat einbringen.

57 Wir werden die Ausbau- und Flächenziele für Erneuerbare Energien regionalisieren 58 und festschreiben und somit substanziell mehr Flächen für die Nutzung durch 59 Sonnenenergie und Windkraft bereitstellen.

Energie in Bürger*innen-Hand!

Wir stehen dafür ein, dass die Energiewende für alle Bürger*innen im Land zur Erfolgsgeschichte wird. Energie, die vor Ort dezentral in Bürgerhand erzeugt wird, und die finanzielle Beteiligung von Anliegerkommunen bei Windkraft- und Freiflächen-Photovoltaik-Projekten schaffen Akzeptanz, stärken die Resilienz im Energiesystem und sorgen für Wertschöpfung bei vielen Bürger*innen und Gemeinden. Wir wollen dafür sorgen, dass Bürger*innen-Energiegenossenschaften unterstützt werden und Anliegerkommunen attraktive Anreize bekommen, die Erneuerbaren Energien auszubauen.

Joer heutige Strommarkt funktioniert nach Regeln, die 20 Jahre alt und auf die fossilen Energieerzeuger zugeschnitten sind. Sie waren auf einen kleinen Beitrag von Erneuerbaren Energien ausgelegt. Heute ist das anders. Deshalb sind an vielen Stellen grundlegend andere Rahmenbedingungen notwendig, für die wir uns auf Bundes- und EU-Ebene einsetzen: Zum Beispiel muss der Energiemarkt neu gestaltet werden, sodass die Bedürfnisse der Erneuerbaren Energien ins Zentrum gestellt werden. Rechtliche Hürden für den Bau von Anlagen und das Teilen von Energie müssen abgebaut und Ausbaudeckel abgeschafft werden. Die Energiegewinnung und die Nutzung von Energie vor Ort muss erleichtert werden. Deswegen werden wir uns dafür einsetzen, dass Ausschreibungen für Energieprojekte so angelegt sind, dass sich auch Genossenschaften darauf bewerben können und im Wettbewerb mit anderen Akteur*innen eine faire Chance haben. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, Hemmnisse abzubauen und die Energiegewinnung und die Nutzung von Energie vor Ort zu erleichtern. Und wir fordern vom Bund, den wirtschaftlichen Weiterbetrieb von sogenannten Alt-Anlagen

387 unbürokratisch zu sichern, die nach 20 Jahren aus der Förderung fallen und noch
388 viele Jahre zu niedrigen Kosten erneuerbaren Strom liefern können.

Nach dem Atomausstieg bzw. im Vorgriff auf den Kohleausstieg muss die Versorgung in Baden-Württemberg gewährleistet sein. Wir setzen uns im Bund für einen Kohleausstieg bis 2030 ein, die Gewährleistung hoher Versorgungssicherheit vorausgesetzt. Wir streben an, diese soweit es geht mit Erneuerbaren Energien sicherzustellen. Zusätzlich wollen wir uns über die landeseigenen Beteiligungen bei energieerzeugenden Unternehmen für ihren eigenen Kohleausstieg bis 2030 einsetzen. Dazu wollen wir den Ausbau von Energiespeichern und intelligenten Netzen vorantreiben, die Verbrauch und Erzeugung von Strom aufeinander abstimmen. Und wir vollenden den Atomausstieg, wenn Neckarwestheim 2 im Jahr 2022 vom Netz geht. Den Rückbau der fünf Atomkraftwerke im Land wollen wir in den nächsten Jahren auf der Grundlage höchster Sicherheitsstandards weiter zügig vorantreiben. Dabei wollen wir die Öffentlichkeit umfassend beteiligen.

01 Wir bringen die Wärmewende weiter voran

Auch wenn wir die Heizung aufdrehen, können wir das Klima schützen – nämlich
dann, wenn die Wärme aus sauberen Quellen stammt. Deshalb wollen wir auch bei
der Wärmeversorgung raus aus Öl und Gas und rein in Wärme aus grüner Energie.
Unser Ziel heißt auch hier: Klimaneutralität. Der erste Schritt ist bereits
getan: Wir haben dafür gesorgt, dass große Kreisstädte und Stadtkreise künftig
eine kommunale Wärmeplanung vornehmen und umsetzen. Das bedeutet: Sie entwickeln
eine Strategie, wie sie klimaneutral mit Wärme versorgt und gekühlt werden
können. Kleinere Kommunen werden wir dabei auch finanziell unterstützen, ihre
Wärme von Öl, Kohle und Gas auf klimafreundliche Technologien umzustellen.

411 Auch bei der Haussanierung sollen die Potenziale noch besser genutzt werden. Wer 412 eine neue Heizung einbaut, soll künftig mindestens 25 Prozent der Wärme aus 413 erneuerbaren Quellen beziehen. Darüber hinaus sollen keine neuen Ölheizungen 414 mehr verbaut werden und Betriebsbeschränkungen für bestehende Ölheizungen 415 abhängig von deren Alter und mit entsprechenden Ausnahmen für Härtefälle geprüft 416 werden. Auch die Sanierung von kälte- und wärmeintensiven Prozessen in der 417 Industrie werden wir vorantreiben.

Naturschutz zahlt sich aus - für alle

Investitionen in den Naturschutz zahlen sich aus – für den Erhalt der
Artenvielfalt und unserer Kulturlandschaften. Deshalb wollen wir die
finanziellen Mittel weiter erhöhen – auf 150 Millionen Euro pro Jahr bis 2026.
Das erfolgreiche Sonderprogramm zur Stärkung der biologischen Vielfalt wollen
wir weiterführen. Unsere ambitionierte Naturschutzstrategie wollen wir weiter
umsetzen und fortschreiben.

Wir wollen der Natur mehr Raum geben. Auch dafür ist der Nationalpark
Schwarzwald da. Ihn wollen wir stärken sowie ein weiteres Biosphärengebiet
entwickeln. Die bestehenden Biosphärengebiete im Schwarzwald und auf der
Schwäbischen Alb wollen wir weiter aufwerten, ebenso die naturschutzfachliche
Arbeit der Naturparks. Indem wir den Biotopverbund konsequent verwirklichen
sowie für die Erstellung von Regional- und Flächennutzungsplänen verbindlich

- vorschreiben, schaffen wir so auch ein engmaschiges Netz, um Lebensräume von
 Tier- und Pflanzenarten miteinander zu verbinden. Für besonders gefährdete Arten
 übernehmen wir Verantwortung und stärken Artenschutzprojekte. So setzen wir uns
 für eine aktive Bestandsstützung des Luchses in Baden-Württemberg ein. Mit einem
 neuen Programm wollen wir wertvolle Naturschutzflächen dauerhaft sichern: Bis
 2026 sollen in den vier Regierungsbezirken im Land mindestens 20 neue
 Naturschutzgebiete entstehen, wobei wir auf Biotopverbünde achten. Das Land soll
 Wald und naturschutzrelevante Flächen wo möglich aufkaufen, um landesweite
 Biotopverbünde herzustellen und dem Klimawandel entgegenzuwirken. Beim Verkauf
 von Landesflächen sollen strenge Nachhaltigkeitskriterien gelten, insbesondere
 bei Landwirtschafts- und Waldflächen sowie in Schutzgebieten.
- Unsere naturschutzfachlich wertvollen Kulturlandschaften wie artenreiche
 Blumenwiesen und Streuobstwiesen wollen wir konsequent schützen, zugleich aber
 die Bewirtschaftung attraktiver gestalten. Etwa, indem wir die Nutzung und die
 Vermarktung der Produkte fördern und die bestehenden Agrarförderprogramme
 weiterentwickeln.
- Um in ihrem Bestand bedrohte Arten besser zu schützen, werden wir die Allianz für Niederwild mit einem Bodenbrüter-Programm zum Schutz bedrohter Feld- und Wiesenvögel ergänzen und gemeinsam mit unseren Bäuerinnen und Bauern im Land umsetzen. Auch hierzu soll die Flurneuordnung zu einem Instrument des modernen Naturschutzes weiterentwickelt werden. Wildnis- und Naturbildung sowie die Vermittlung von Artenkenntnissen wollen wir in Schulen, Hochschulen sowie in außerschulischen Einrichtungen weiter stärken.

Gemeinsam mit den Kommunen wollen wir Stadtnatur weiter fördern – für Mensch und Natur. Dazu gehören Naturerfahrungs- und Naturerlebnisräume in Großstädten, die naturnahe Bewirtschaftung von Grünflächen und Parks sowie Kooperationen mit Wald- und Naturkindergärten.

Wir wollen Flüsse und Bäche weiter revitalisieren. Bei der Abwasserbehandlung sind wir schon heute europaweit spitze. Damit das auch so bleibt, wollen wir den Großteil der 900 Kläranlagen mit der sogenannten "vierten Reinigungsstufe" aufrüsten. Damit ist es möglich, den Giftcocktail aus Arzneimittelresten oder Haushalts-Chemikalien aus unseren Fließgewässern fernzuhalten. Das stärkt die Artenvielfalt in sauberen Flüssen und Bächen.

465 Darum Grün!

466 Wer Grün wählt, stimmt für

- ein klimaneutrales Baden-Württemberg
- die Stärkung von biologischer Vielfalt und Naturschutz
- ein Sofortprogramm für Klimaschutz und Energiewende
- den konsequenten Ausbau grüner Energie aus Sonne, Wasser und Wind
- einen neuen Gesellschaftsvertrag zwischen Landwirtschaft, Naturschutz, Lebensmittelindustrie und Verbraucher*innen